



Das Selbstbild der Gewerkschaft als progressive Kraft

Der ver.di-Bundeskongress debattiert nicht nur über Waffen für die Ukraine – vom AK Kongressbeobachtung

In: *express* 10/2023

Unter dem Motto »Morgen braucht uns« versammelten sich über 900 Delegierte vom 17. bis 22. September 2023 in Berlin zum sechsten ver.di-Bundeskongress. Rund 1.000 weitere Personen nahmen als Gäste und Zuhörer:innen teil. Der gesamte Kongress wurde zudem auf der ver.di-Webseite live übertragen.

Die äußeren Rahmenbedingungen waren gemischt. Einerseits tagten die Delegierten vor dem Hintergrund des Krieges gegen die Ukraine, der aktuellen wirtschaftlichen Verwerfungen und der eskalierenden Klimakatastrophe. Andererseits konnte ver.di dieses Jahr auf von spektakulären Streikaktionen begleitete Tarifrunden zurückblicken, die nicht nur eine enorme Medienpräsenz beschert, sondern auch dazu beigetragen hatten, dass ver.di bis Kongressbeginn gut 140.000 Neueintritte verzeichnen konnte – so viele wie noch nie seit ihrer Gründung, darunter 35.000 Eintritte in der wichtigen Altersgruppe bis 27 Jahre. Dies sei zwar, so der Vorsitzende Frank Werneke, noch keine Trendwende. Auch wenn 2023 voraussichtlich mit einem Mitgliederplus abgeschlossen werden könne, müsse die Mitgliedergewinnung angesichts der Altersstruktur der Mitgliedschaft (Durchschnittsalter 53 Jahre) und einem »zunehmenden Trend zur situationsbezogenen Mitgliedschaft« mit hoher Fluktuation weiterhin im Zentrum der Arbeit stehen. Dennoch: Das aus den vielen Eintritten abgeleitete Gefühl, Teil einer Gewerkschaft im Aufwind zu sein, prägte die insgesamt positive Grundstimmung des Kongresses. Aus dieser Kongressdynamik heraus gab es kein Bedürfnis, die tarifpolitische Lage und die Mitgliederverluste in den Bereichen zu besprechen, die nicht von den relativen Erfolgen der 2023er Tarif- und Streikrunde oder den Kämpfen um die Entlastungstarifverträge Gesundheit geprägt sind.

Der Kongress als große Zusammenkunft

Die alle vier Jahre stattfindenden Bundeskongresse sind nicht nur wegen der Neuwahlen der Vorstände, sondern auch für den inneren Zusammenhalt von ver.di wichtig. Die ausschließlich ehrenamtlich für die Gewerkschaft tätigen Delegierten repräsentieren das bunte Spektrum der Multibranchengewerkschaft. Viele empfinden die Teilnahme als Auszeichnung, wobei auch diesmal immerhin 57 von 1.009 möglichen Mandaten nicht besetzt werden konnten. Der informelle Austausch, das Feiern der erreichten Erfolge und des eigenen Engagements spielen eine große Rolle. Von Seiten des Bundesvorstands erwarten die Delegierten Wertschätzung und der Kongress soll ein Gefühl von Stärke vermitteln.

Dies zeigte sich bei dem immer wieder aufbrandenden Beifall, der die Vorstellungsreden der zur Wahl stehenden Vorstandsmitglieder begleitete, in denen ein ums andere Mal den Delegierten gedankt und an das gemeinsam Erreichte erinnert wurde.

Der Vorwurf der Burgfriedenspolitik gegenüber ver.di

Es verwundert nicht, dass die Erschütterungen, die der Angriffskrieg Russlands in der Linken und der Friedensbewegung hervorgerufen hat, auch in ver.di heftigen Widerhall fanden. Ein vom Gewerkschaftsrat für den Bundeskongress vorgelegter Leitantrag »Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch« stieß unmittelbar auf den Widerspruch eines Teils der ver.di-Mitglieder. Kern des Anstoßes war, dass der Leitantrag sich für Sanktionen ausspricht und eine Unterstützung der Ukraine mit Waffen für völkerrechtlich gedeckt und legitim hält. Es war rasch klar, dass sich die politische Debatte zum Krieg gegen die Ukraine auf diesen Antrag konzentrieren würde.

Ein Teil der Kritiker:innen versammelte sich dabei hinter einer Petition mit der Losung »Sagt Nein! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden«, für den bis zum ver.di-Bundeskongress mehr als 10.000 Unterschriften gesammelt wurden, die aber nicht alle von ver.di-Mitgliedern kamen. Ein großes Transparent »Gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden« empfing die ver.di-Delegierten vor dem Kongressgebäude. Dass der betreffende Leitantrag sich sowohl gegen das Zwei-Prozent-Ziel der Nato wie auch gegen das 100 Milliarden Euro-Rüstungsprogramm der Bundesregierung aussprach und den Primat der Politik nicht in Frage stellte, passte schwerlich zum historisch völlig verfehlten Burgfriedensvorwurf, der freilich ebenso wie die Unterschriftensammlung nur von einem Teil der Kritiker:innen des Leitantrags geteilt wurde. Auffällig an der Petition war nicht nur der kühne Vergleich mit der kriegsunterstützenden Position der SPD und der ihr nahestehenden Gewerkschaften zu Beginn des vom Deutschen Reich maßgeblich mit vom Zaun gebrochenen Ersten Weltkriegs, bei der letztere für die Dauer des Krieges auf Streiks verzichteten und dafür ihre Anerkennung eintauschten. Genauso bemerkenswert ist, dass in der Petition der russische Angriffskrieg nur beiläufig erwähnt wird. Der Hinweis erfolgt ausschließlich in dem Kontext, dass dieser Krieg nicht der einzige Völkerrechtsbruch in Europa in der jüngsten Vergangenheit ist.

Bei der Eröffnung des Kongresses am Sonntag demonstrierte eine kleine Gruppe von Delegierten mit »Verhandeln statt Schießen« während der Rede von Olaf Scholz. Bereits hier zeigte jedoch der starke Beifall für dessen Anmerkung, es sei »eine zynische Aussage, jemandem, auf dessen Territorium die Panzer eines anderen Landes rollen, zu sagen, er solle verhandeln, statt sich zu verteidigen«, dass eine Mehrheit für die Ablehnung des Leitantrags fraglich sein würde. Dies bestätigte sich dann eindrucksvoll bei der Antragsberatung zum Themenblock Friedenspolitik.

Hatten bei der Aussprache am Montag zum Geschäftsbericht noch die Kritiker:innen dominiert, so meldeten sich am Donnerstag, angeführt von Vertreter:innen der ver.di-Jugend, zahlreiche Delegierte zu Wort, die für den Leitantrag warben. Dabei wurde der Vorwurf, mit dem Antrag begeben sich ver.di auf Kriegs- oder Burgfriedenskurs, mehrfach zurückgewiesen. Allerdings habe die Ukraine das Recht, sich zu verteidigen, und es sei richtig, sie dabei auch mit Waffen so zu unterstützen, dass sie dem Aggressor nicht wehrlos ausgeliefert bleibe. Der starke Beifall, den diese Beiträge erhielten, deutete an, was sich dann in den Abstimmungen manifestierte. Ein Antrag, mit dem gefordert wurde, dass ver.di nicht länger die Sanktionen gegen Russland unterstützen solle, wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt, was die weitere Richtung der Debatte vorgab. Am Ende einer langen Debatte votierten in geheimer Abstimmung fast 80 Prozent der Delegierten für den Leitantrag, in den zuvor auch die Präzisierung aufgenommen wurde, dass ver.di die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern ebenso wie »eine Perspektive, die die russische Wirtschaft dauerhaft schädigen will«, ausdrücklich ablehnt.

Die Stimmen gegen den Gewerkschaftsratsantrag kamen aus unterschiedlichen Motivlagen. Zum einen von wenigen Delegierten mit einem geopolitischen Weltbild, in dem die NATO die Hauptgründe für den Krieg liefert. Zum anderen gibt es Kolleg:innen, deren persönliche Identität und deren Selbstverortung in ihrer Gewerkschaft als progressiver Kraft mit Wurzeln in der Friedensbewegung durch das Tolerieren von Waffenlieferungen nachvollziehbar strapaziert wird.

Kaum Kritik und fast geräuschlose Vorstandswahlen

Jenseits der Diskussion um die Friedensfrage gab es kaum Kritik an der grundsätzlichen Ausrichtung von ver.di oder Beiträgen zur im Detail sehr unterschiedlich verlaufenden Organisationsentwicklung in den einzelnen Branchen, auch nicht zur seit Jahren problematischen Entwicklung des Fachbereichs Handel, der bei ver.di-Gründung einmal der größte Fachbereich war. Nachfragen zur widersprüchlichen Haltung der Organisation bei dem Streit um die Rekommunalisierung der Energienetze oder Nachfragen an Andrea Kocsis, ob ver.di der DHL bezüglich der Lieferkettenverantwortung anlässlich des Streiks in Gräfenhausen (siehe S. 4 in dieser Ausgabe) auf den Zahn fühlt, fehlten ebenfalls.

Der öffentliche Charakter der Diskussion, das Bewusstsein, »im Fernsehen« zu sein, wie es eine Delegierte ausdrückte, begünstigte nicht nur Teilnehmer:innen, die bereits Erfahrung mit öffentlichen Auftritten haben, sondern prägte auch viele Beiträge. Vor allem an den ersten beiden Tagen bis zur Wahl des Vorstands waren die zahlreichen Pressevertreter:innen nicht zu übersehen. Von daher sind alle Berichte und Grundsatzreden des Vorstands in gewisser Weise »Fensterreden«. Was geredet wird, ist öffentlich gesagt und muss zitierfähig sein.

Wie bei den anderen Gewerkschaften auch sind Kampfkandidaturen für den Vorstand die große Ausnahme. Die fünf für die einzelnen Fachbereiche zuständigen Vorstandsmitglieder werden bei ver.di auf Fachbereichskonferenzen gewählt und können auf dem Bundeskongress allenfalls dann durchfallen, wenn sie weniger als 50 Prozent Unterstützung erhalten. Für die anderen vier Posten gibt es jeweils einen Vorschlag des Gewerkschaftsrats. Hier sind auf dem Bundeskongress Gegenkandidaturen möglich, was dieses Jahr der Fall war.

Sieben von neun Vorstandsmitgliedern wurden mit über 90 Prozent Zustimmung gewählt. Sylvia Bühler, die unter anderem den Gesundheitsbereich verantwortet, erhielt »lediglich« knapp 87 Prozent. Die meisten Stimmen erhielt die erstmals angetretene, in Ghana geborene Rebecca Liebig, deren Wahl als weitere Bestätigung der Diversität von ver.di gefeiert wurde. Sehr erleichtert war auch Silke Zimmer, die vom Fachbereich Handel als Nachfolgerin der nicht mehr antretenden Stefanie Nutzenberger nominiert worden war. Nicht wenige hätten die in vielen Tarifrunden des Einzelhandels profilierte Landesfachbereichsleiterin aus Nordrhein-Westfalen bereits 2019 gerne im Vorstand gesehen. Diesmal stand sie für das Amt zur Verfügung und konnte auf die breite Unterstützung des Fachbereichs zählen. Orhan Akman, der lange als enger Mitarbeiter von Nutzenberger galt und die Bundesfachgruppe Einzelhandel leitete, hatte sich ebenfalls für das Amt beworben, dafür aber in den Fachbereichsgremien kaum Unterstützung erhalten. Zwischenzeitlich hatte er sich offenbar mit Nutzenberger überworfen und war 2022 vom Bundesvorstand nicht nur von seinem Posten entbunden, sondern unter anderem mit dem Vorwurf, er habe ver.di-Interna nach außen gegeben, mehrfach mit Kündigungen überzogen worden. Diese scheiterten jedoch alle vor den Arbeitsgerichten. Die Art, wie gegen ihn vorgegangen wurde, sorgte innerhalb von ver.di für Befremden, selbst bei Ehren- und Hauptamtlichen, die seine Positionen und sein Auftreten nicht teilten.

Im Fachbereich Handel unterlegen, kandidierte er nun für das Amt des für Finanzen und Bildung zuständigen Vorstands, das seit 2019 von Christoph Meister ausgeübt wurde. Meister erhielt am Ende 76 Prozent der Stimmen. Dass Akman immerhin rund 24 Prozent erhielt, lag vermutlich weniger an seiner reserviert aufgenommenen Vorstellungsrede, in der er ein holzschnittartiges Bild von Gesellschaft und Gewerkschaft zeichnete, während sein eigenes Konzept doch eher vage blieb, sondern daran, dass er nach seiner Vorstellung auf eine Art und Weise mit unfreundlichen Fragen attackiert wurde, die viele Delegierte vermutlich ebenso wie die gegen ihn betriebenen Kündigungen als unangemessen empfanden.

Tarifpolitik steht nicht im Zentrum

ver.di ist vom Charakter her ein breit gefächertes Verbund vieler Branchen, fast schon ein kleiner DGB... – die eine große dominierende Branche gibt es nicht. Selbst der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, der größte von ver.di abgeschlossene Tarifvertrag, der von den öffentlichen Sparkassen, der Kommunalverwaltung über die öffentlichen Versorgungsbetriebe bis hin zum kommunalen Sozialen Erziehungsdienst und den verbliebenen öffentlichen Krankenhäusern reicht, betrifft unmittelbar weniger als 30 Prozent der

erwerbstätigen Mitglieder. Mit den Tarifverträgen und den tarifpolitischen Traditionen der vielen anderen Branchen können ehren- oder hauptamtliche Funktionär:innen außerhalb der jeweiligen Branche meist wenig anfangen. Eine vor die Klammer gezogene branchenübergreifende tarifpolitische Diskussion und Verständigung steht noch am Anfang.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Tarifarbeit findet auf den Kongressen nur in Ausnahmefällen statt und spielte dieses Mal trotz der ja durchaus auch kritisch aufgenommenen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und bei der Post fast gar keine Rolle.

Die Arbeit der einzelnen Fachbereiche wird nicht auf dem Bundeskongress, sondern auf den vorgelagerten Fachbereichskonferenzen diskutiert. Hinzu kommt, dass nach der ver.di-Satzung die Tarifkommissionen auf allen Ebenen autonom sind und allein entscheiden, wie und wozu sie Tarifverträge abschließen wollen. Diese Autonomie bringt es mit sich, dass der Bundeskongress anders als von einigen Kritiker:innen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst erhofft, auch nicht über einen Ausstieg aus der umstrittenen Schlichtungsvereinbarung im öffentlichen Dienst befinden konnte. Die Antragsberatung empfahl deshalb zu diesem Punkt »Nichtbefassung«. Dem folgte nach einer kurzen Aussprache, in der Kritiker:innen der Schlichtung aus dem Krankenhausbereich nochmals darauf verwiesen, wie sehr durch die Schlichtung die Arbeitskampfdynamik gebrochen worden sei, die Mehrheit der Delegierten. Das für den Öffentlichen Dienst zuständige Vorstandsmitglied Christine Behle hatte zuvor mitgeteilt, dass bereits beschlossen sei, über Sinn und Unsinn der Schlichtungsvereinbarung in der Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst zu diskutieren.

ver.di verortet sich als linke Gewerkschaft

Vielen Delegierten, aber auch der Führung ist es wichtig, auf dem Kongress Haltung zu demonstrieren, auch wenn die Umsetzung der hehren Grundsätze im betrieblichen Alltag nicht immer ohne Probleme verläuft. Die Selbstverortung von ver.di als progressiver gesellschaftlicher Kraft, in der Rassismus und Rechtsextremismus keinen Platz haben, die für Diversität, Geflüchtete und für den Frieden eintritt, prägte dementsprechend das Bild des Kongresses. Dies bedeutete Solidarität mit einem ver.di-Kollegen, der von den italienischen Behörden als Seenotretter angeklagt ist, Unterstützung der LKW-Fahrer, die in Gräfenhausen streiken, großen Applaus für das Bündnis von ver.di mit Fridays for Future und deren Unterstützung der anlaufenden Tarifrunde im Nahverkehr. Auch die Ausführlichkeit, mit der ver.di fast einen ganzen Kongresstag über den Angriffskrieg gegen die Ukraine debattiert wurde, war außergewöhnlich.

Auch bei anderen, vordergründig neben dem gewerkschaftlichen Kerngeschäft liegenden Fragen überraschte der Kongress. Bemerkenswert war, wie ausführlich Werneke in seinem Grundsatzreferat betonte, dass ver.di sich auch zu einer, so wörtlich, »Einwanderungsgewerkschaft« entwickeln müsse. Dabei gelte es auch, die Menschen aus den verschiedenen Fluchtbewegungen in den Blick zu nehmen, die beispielsweise auf Grund fehlender Sprachkenntnisse nicht die besten Startchancen hätten. Stehende Ovationen gab es für einen Kollegen, der über seine psychischen Probleme bei der Arbeit sprach und für den Antrag der Bundesjugendkonferenz »It's ok not to be ok – psychische Gesundheit in Gewerkschaftsarbeit fördern!« warb. In dem angenommenen Antrag nimmt sich ver.di vor: »Wir wollen bewusst auch in unserer gewerkschaftlichen Arbeit Rücksicht auf die Kapazitäten und Belastungsgrenzen unserer Kolleg:innen nehmen.«

Am letzten Kongresstag drehten engagierte Redebeiträge die ursprüngliche Empfehlung der Antragsberatungskommission von Ablehnung in Annahme um und mit satzungsändernder Mehrheit wurde die Schaffung einer neuen Personengruppe Queer (LSBTIQ*) beschlossen. Zuvor hatte eine Delegierte darauf hingewiesen, dass die IG BAU bereits seit Längerem eine solche Gruppe (IGay BAU) verankert hat.

Dass ver.di im DGB teilweise einen schweren Stand hat, ist bekannt. Im DGB-Bundesvorstand wurde dieses Jahr schon mal genervt gefragt, wann ver.di denn mit dem Streiken durch sei. Wie schwierig das Verhältnis ist, wurde auf dem Kongress über einen Antrag der Gewerkschaftsjugend deutlich. Dieser forderte eine offene Distanzierung von der wirtschaftspolitischen Agenda von Yasmin Fahimi. Die DGB-Vorsitzende hatte Ende Dezember 2022 öf-

fentlich kritisiert, dass in Unternehmen im Zusammenhang mit den Energiepreisbremsen bei Zuwendungen über 50 Millionen Euro keinerlei Boni und Dividenden mehr gezahlt werden dürften und in diesem Zusammenhang verlautbart, es sei »jetzt ist nicht die Zeit für kapitalismuskritische Grundsatzdebatten«.

Die Antragskommission hatte »erledigt wegen Zeitablauf« empfohlen. Diese Empfehlung war wohl der innerverbandlichen Etikette geschuldet, dass *öffentliche* Angriffe gegen die Spitze des Dachverbandes im Regelbetrieb besser zu unterlassen sind, wenn man am Ende mit der Dachorganisation zusammenarbeiten muss. Eine knappe, aber doch deutliche Mehrheit von mehr als 52 Prozent der Delegierten wollte dennoch der Antragskommission nicht folgen und über den Antrag abstimmen. Frank Werneke intervenierte und bat, den Antrag abzulehnen. Dabei macht er klar, dass er in keinem der kritisierten Punkte mit Fahimi übereinstimme und es durchaus die Zeit sei, »über die Schwächen des Kapitalismus zu diskutieren«. Aber: »Wir haben da eindeutig eine Minderheitsposition. Die Mehrheit der DGB-Gewerkschaften ist der Meinung, dass es bei Subventionen im Rahmen der Transformation zu keiner Begrenzung für Aktionäre kommen soll. Der DGB, um es freundlich zu formulieren, ist auch keine Vereinigung, deren primäres Ziel es ist, den Kapitalismus zu überwinden.« Zudem: »Wenn wir diesen Antrag beschließen, ist es der Bruch von ver.di gegenüber der DGB-Vorsitzenden. [...] Lasst uns mit ihr in die Auseinandersetzung gehen. Keine öffentliche Abkanzlung.« Knapp 65 Prozent der Delegierten folgten daraufhin seiner Empfehlung. Die Botschaft gegenüber der DGB-Mehrheit war dennoch klar.

System Change?

Der Antrag der ver.di-Jugend mit seinem Einfordern von »radikale[r] Kapitalismuskritik« und »integraler Systemkritik« hat eine Menge mit ideologischer Selbstverortung zu tun. Diese, das wissen die Delegierten, hat keine unmittelbare Auswirkung auf die Betriebs- und Tarifpolitik der Organisation. Selbst da, wo Tarifpolitik konfrontativ angelegt ist: Die Systemfrage wird auch von ver.di nicht gestellt. In der Debatte über einen, am Ende abgelehnten, kritischen Antrag zur »Sozialpartnerschaft« merkte Christine Behle an, dass ver.di bei allen prinzipiellen Interessenunterschieden in der politischen Lobbyarbeit vielfach auf Bündnispartner auch bei Arbeitgeberverbänden angewiesen sei. Und ein Delegierter erhielt Beifall für die Feststellung: »Ich feiere die Erfolge im Betrieb nur, indem ich den Arbeitgeber als einen Partner ansehe; nicht, indem ich mich mit ihm kloppe, ganz einfach.«

Von einem anderen Kaliber war die Intervention von Frank Werneke gegen die exklusive Strompreissubventionierung für Teile der deutschen Großindustrie, die er nicht zufällig kurz vor dem Gewerkschaftstag auf den Punkt gebracht hat und die er beim Kongress bekräftigte. Bei dieser in der Politik insgesamt kontrovers diskutierten Maßnahme ist es realpolitisch von großer Bedeutung, wie sich ver.di verhält. Ver.di kritisiert die wirtschaftspolitische Wirksamkeit von billigem Strom für Großverbraucher und stellt in diesem Zusammenhang die Gerechtigkeits- und Fairnessfrage.

Hier geht es nicht nur um programmatische Differenzen zwischen ver.di, IGM und IG BCE. Die Interessen zwischen den Gewerkschaften, die die energieintensiven Exportindustrien organisieren, und der Dienstleistungsgewerkschaft, deren Mitglieder die Subventionen über ihre Lohnsteuer und Stromrechnung bezahlen werden, sind doch sehr unterschiedlich. Zugleich bliebe noch deutlicher darauf hinzuweisen, dass (Energie-)Subventionen ohne Auflagen und ohne industriepolitische Ziele im Übrigen kein kluger Beitrag zur (ökologischen) Transformation sind.

In vier Jahren der nächste Kongress

Der nächste Kongress wird wieder in vier Jahren stattfinden. Die ursprünglich dem Kongress zur Annahme empfohlene Satzungsänderung, die zukünftig für alle Gremien eine fünfjährige Wahlperiode vorsah, hatte keine Chance. Auch hier bildeten jüngere Delegierte die Speerspitze der Kritik.

Einige Daten zum ver.di-Kongress

Bei ver.di können ausschließlich Ehrenamtliche als Delegierte zum Bundeskongress gewählt werden. Die eine Hälfte der nach der Satzung angestrebten rund 1.000 Delegierten wird über die Fachbereiche, die andere Hälfte über die Ebenen (Bezirk, Landesbezirk und Bund) gewählt. Einige Haupt- und Ehrenamtliche nehmen auf Grund ihrer Funktion in den Leitungsgremien der Gewerkschaft als Gäste in beratender Funktion, jedoch ohne Stimmrecht teil. Das Durchschnittsalter der Delegierten lag 2023 bei 52,5 Jahren. Dies spiegelte ziemlich genau das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft wider. Entsprechend der Zusammensetzung der Mitgliedschaft stellten Frauen mit knapp 61 Prozent die Mehrheit der Delegierten, zwei Delegierte wählten für sich »divers«.

Ver.di gliedert sich räumlich in Bezirke (~ örtliche Ebene), Landesbezirke und die Bundesebene und quer dazu fachlich auf allen Ebenen in fünf Fachbereiche (A-E; seit 1. Januar 2022).

Fachbereich	Mitglieder 2022
A: Finanzdienste, Kommunikation und Technologie, Kultur, Ver- und Entsorgung	403.316
B: Öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherung und Verkehr	557.476
C: Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft	452.703
D: Handel	237.119
E: Postdienste, Speditionen und Logistik	206.666
Mitglieder ohne Zuordnung	114
Gesamt	1.857.394
Ein knappes Viertel der Mitglieder ist in Ruhestand bzw. erwerbslos (letzteres ist der kleinere Teil)	

Das höchste Entscheidungsgremium ist der Bundeskongress. Das oberste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen ist der Gewerkschaftsrat mit aktuell 82 Mitgliedern. An dessen Beratungen nehmen auch die Mitglieder des Bundesvorstands teil. Dieser führt die Geschäfte von ver.di und vertritt die Gewerkschaft nach außen. Er besteht aktuell aus neun Mitgliedern.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
 Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
 AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12